Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

18 DISSIPAT ATQUE FOVET 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung
Fernsprecher 3036 Postfach 39

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frs. 11,00.
Zeilenpreise: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile 0,45 Frs., Deutschland 10 Pfg. Amtliche Anzeigen 50 Cts.

Nummer 162 | Mittwoch, den 16. Juli 1930 | 59. Jahrgang

Zu den Befreiungsfeiern in Koblenz und Trier.

Absage des Reichspräsidenten.

Die Reise des Reichspräsidenten zu den rheinischen Befreiungsfeiern abgesagt.

Berlin, 15. Juli. Der Reichspräsident hat seine Teilnahme an den Befreiungsfeiern in Koblenz, Trier und Aachen sowie in Wiesbaden abgesagt und diese Absage in folgendem Schreiben an den preußischen Ministerpräsidenten begründet:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ihre Einladung zur Teilnahme an der Befreiungsfeier der preußischen Staatsregierung in Koblenz am 22. Juli habe ich durch mein Schreiben vom 5. Juli angenommen. Meine Zusage erfolgte in der Voraussetzung, daß das Verbot des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, im Rheinland und Westfalen, das ich, wie Sie wissen, nach eingehender Prüfung des Tatbestandes als unberechtigt und dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufend bezeichnen muß, bis dahin aufgehoben sei und auch dieser Verband der alten Soldaten an den Befreiungsfeiern teilnehmen könne. Sie haben zwar die Aufhebung dieses Verbotes, für die sich auch die Reichsregierung inzwischen verwandt hat, wiederholt in Aussicht gestellt, trotz wiederholten Erinnerns sie aber bisher nicht verfügt. Statt dessen hat der preußische Minister des Innern in seinem dem Herrn Reichskanzler abschriftlich übermittelten Schreiben vom 14. Juli 1930 den Stahlhelm für die Wiederzulassung im Rheinland und Westfalen Bedingungen gestellt, aus deren Verlangen und Formulierung ich entnehmen muß, daß Sie und das preußische Staatsministerium meinem von der Reichsregierung unterstützten Wunsche nicht zu entsprechen gesonnen sind. Damit schließen Sie den Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, von der Teilnahme an den Rheinlandbefreiungsfeiern aus und machen es den in dieser Organisation vereinigten alten Frontkämpfern unmöglich, in geschlossener Formation mich zu begrüßen, während alle anderen Verbände bei allen Veranstaltungen, die aus Anlaß der Räumung stattfinden, zugelassen sind und in großer Zahl auftreten. Diese ungleichmäßige Behandlung ist für mich unerträglich. Ich kann es mit meiner verfassungsmäßigen Pflicht zur Ueberparteilichkeit nicht vereinbaren, an Befreiungsfeiern teilzunehmen, von denen ein Teil von Staatsbürgern durch ein — nach meiner Auffassung nicht begründetes — Verbot einer Organisation ausgeschlossen ist. Ich habe mich daher zu meinem Bedauern entschließen müssen, meine Ihnen unter dem 5. Juli erteilte Zusage zur Teilnahme an der preußischen Befreiungsfeier in Koblenz rückgängig zu machen, aus dem gleichen Grunde auch meine in Verbindung mit der Reise nach Koblenz geplanten Besuche in Trier, Aachen und Wiesbaden abgesagt und so lange verschoben, als die vorerwähnten Gründe bestehen. — Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

gez. v. Hindenburg.

Die Reise des Reichspräsidenten nach Speyer und der Pfalz sowie nach Mainz wird planmäßig stattfinden. Der Reichspräsident wird von Mainz am Sonntag, 20. Juli, abends unmittelbar nach Berlin zurückkehren.

Im Anschluß daran erfährt das WTB., daß der Stahlhelm hinreichende Zusicherungen gegeben hat, sich jeder wie immer gearteten militärischen Betätigung zu enthalten. Des weiteren erfährt das WTB., daß die preußische Regierung rechtzeitig davon verständigt worden ist, daß die Reise des Reichspräsidenten unterbleibt, falls das Stahlhelm-Verbot nicht vorher aufgehoben würde.

Der Brief des Reichspräsidenten.

Was tut Preußen?

Berlin, 15. Juli. Der Brief des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit der Absage an die preußische Regierung, der ja völlig überraschend kam, hat wie eine Bombe gewirkt. Fast sämtliche Berliner Abendblätter bringen das Schreiben in großer Aufmachung auf der ersten Seite, sodaß das bisher aktuellste Problem, die bevorstehende Entscheidung im Reichstag im Kampf um die Deckungsvorlage, fast in den Hintergrund tritt. Auch für die preußischen Regierungskreise ist das Schreiben des Reichspräsidenten laut Börsenkurier außerordentlich überraschend gekommen. Wie das Blatt aus unterrichteter Seite erfahren haben will, sei das Schreiben zu einem Zeitpunkt abgesandt worden, als die Verhandlungen über die Aufhebung der im Zusammenwirken mit der Reichsregierung verfügten Auflösungsverordnung gegen den Stahlhelm noch nicht abgeschlossen waren. Entgegen der Darstellung im Schreiben des Reichspräsidenten behauptet die preußische Regierung lt. Voss. Ztg., daß sich die Stahlhelmleitung bisher nicht bereitgefunden habe, die verlangten Garantien für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zu geben. Nach einer Meldung der B. T. wird die preußische Regierung auf den Brief des Reichspräsidenten noch im Laufe des heutigen Tages eine Antwort geben. Die DAZ, die den Brief Hindenburgs als klar, männlich und charaktervoll bezeichnet, hält es für eine politische Selbstverständlichkeit, daß der preußische Landtag sofort telegraphisch einberufen wird, um zu dem Verhalten der preußischen Regierung Stellung zu nehmen und den schweren Konflikt mit dem Reich noch so rechtzeitig beizulegen, daß im In- und Ausland dieses traurige Bild deutscher Zwietracht erspart bleibe. Mit harten Worten wendet sich die Kreuzzeitung gegen den preußischen Ministerpräsidenten Braun, dem sie absichtliches Verhalten vorwirft, und begrüßt den Entschluß des Reichspräsidenten, unter diesen Umständen den Befreiungsfeiern in preußischen Gebietsteilen des Rheinlandes fernzubleiben. Die Deutsche Tageszeitung bezeichnet das Verhalten des preußischen Ministerpräsidenten als schwere Provokation des Reichspräsidenten. Die Bevölkerung Rheinpreußens, so schreibt das Blatt, wird es verstehen und billigen, wenn sich der Reichspräsident in dieser deutlichen Form gegen eine Behandlung zur Wehr setzt, die weder unter politischen noch unter gesellschaftlichen Gesichtspunkten erträglich ist.

In der Entscheidung um die Deckungsvorlage.

Artikel 1 angenommen.

Vor der Entscheidung.

Berlin, 15. Juli. Im Reichstag herrscht bereits in den Vormittagsstunden Hochbetrieb, da sich in wenigen Stunden das Schicksal der weiteren politischen Entwicklung entscheiden wird. Das Schwergewicht liegt nach wie vor bei den Deutschnationalen, von denen ein Teil mit den Regierungsparteien stimmen muß, wenn eine Mehrheit zustande kommen soll. Trotz der Veröffentlichungen aus diesen Kreisen ist aber bis zur Stunde noch keine Entscheidung innerhalb der Deutschnationalen Partei über ihre Haltung gefallen. Die Reichsregierung, die bis Mitternacht zusammensaß und über alle weiteren Schritte einmütige Beschlüsse faßte, will zunächst die Erklärungen der Sozialdemokraten und Deutschnationalen abwarten, ehe sie zu außerparlamentarischen Maßnahmen schreitet. Sollte der deutschnationale Sprecher erklären, daß die Deutschnationale Partei geschlossen gegen die Vorlage stimmen würde, dann wird der Reichskanzler nach den Beschlüssen des Kabinetts die Regierungsvorlagen sofort zurückziehen. Es ist aber vollkommen falsch, zu behaupten, daß die Reichsregierung bereits jetzt die parlamentarischen Möglichkeiten als erschöpft ansieht. Sie ist aber überzeugt, daß gegebenenfalls der Artikel 48 bei präsentem Reichstag angewendet werden wird.

Der Endspurt.

Zufriedenheit ist gegenüber dem nunmehr „ergänzten Deckungsprogramm" der Reichsregierung sicher selbst bei denen kaum zu konstatieren, die angesichts der außergewöhnlichen Verhältnisse, in denen wir leben, den heroischen Entschluß gefaßt haben, mit dem Kabinett den dornenvollen Weg der zeitweiligen Behebung schwerer wirtschaftlicher und finanzieller Notstände zu begehen. Wir haben uns in Deutschland bereits damit abgefunden, daß die heikelsten Probleme immer erst dann von den verantwortlichen politischen und parlamentarischen Instanzen angepackt werden, wenn es fünf Minuten vor zwölf Uhr ist. Auch damit haben wir uns abgefunden, daß die Lösung so entscheidender Fragen, wie es unter anderem diejenige der Balancierung des Etats und der Sanierung der Reichskasse sind, nicht ohne Erschütterungen und Verwicklungen der verschiedensten Art zu erreichen ist. Es ist im Laufe der letzten Jahre in steigendem Maße ein Indifferentismus bei uns eingekehrt, der sehr bedenklich stimmen muß. Wenn es trotzdem der Regierung gelungen ist, die allgemeine Ermüdung in politischen Dingen zu überwinden, wenn sie es vermocht hat, Spannungen gerade dort zu lösen, wo sie zunächst am stärksten vorzufinden waren, dann bedeutet allein dies schon einen achtbaren Erfolg. Man darf doch nicht vergessen, daß das Kabinett Brüning die unpopulärsten Maßnahmen durchzuführen hat, die wir seit der Staatsumwälzung in Deutschland kennen gelernt haben. In der kurzen Zeit der Amtsdauer der gegenwärtigen Reichsregierung erleben wir bereits zum zweiten Male einen Angriff des Staates auf den Geldbeutel des Steuerzahlers. Dabei stark zu bleiben, sich nicht gegenüber den verständlichen Abwehrversuchen dieses Steuerzahlers in der Anstrebung des letzten Zieles der Wiederankurbelung der Wirtschaft irremachen zu lassen, erfordert Geduld und ungeheure Nervenkraft. Es hieße die Tatsachen leugnen, wollte man behaupten, daß das Kabinett trotz mancher Schwächeanfälle nicht durchgehalten hätte. Wäre es so, dann befänden wir uns heute noch lange nicht im Endspurt des heißen Ringens um die Deckungsvorlagen.

Worum geht eigentlich der Kampf? Er kann ernsthafter Weise nicht um einzelne Punkte des Deckungsprogramms geführt werden, über die man sehr wohl verschiedener Auffassung sein darf. Es handelt sich vielmehr darum, daß Regierung und Parlament einen organischen Uebergang von der finanziellen Mißwirtschaft der letzten Jahre zu einer gesunden Ordnung in allen finanziellen und wirtschaftlichen Dingen finden. So verfehlt aber auch nach heutiger Erkenntnis die Finanzgebarung des Reiches und auch gewisse Steuermethoden bis jetzt gewesen sein mögen, so konnte das Reichskabinett in der Zeit höchster Bedrängnis nicht seine Hand dazu bieten, das herrschende System von heute auf morgen umzukrempeln. Man mußte das Gesundungswerk der finanziellen Restauration in zwei Abschnitte gliedern, und deshalb hat die Reichsregierung gut daran getan, dem Reichstag Gesetzentwürfe vorzulegen, die allmählich zu den neuen Methoden überleiten, deren Sanktionierung durch das Parlament im Rahmen einer großzügigen und umfassenden Reform im Herbst dieses Jahres erfolgen soll. Man hat in der Regierung richtig erkannt, daß diese Reform unmöglich auf einem nicht ausbalancierten Etat und einer Kassenlage des Reichs aufgebaut werden darf, die mehr als eine schadhafte Stelle hat. Das Primäre ist eben die Beseitigung der Auswüchse, so gut es im Augenblick geht, erst heißt es aufräumen und dann neu aufbauen. Aus dieser Perspektive allein darf man das Deckungsprogramm des Kabinetts beurteilen, nur so wird man in der Kritik den Maßnahmen der Regierung gerecht werden können. Wir wissen, daß das Endstadium in den Auseinandersetzungen zwischen Parlament und Regierung über die Deckungsvorlagen sehr leicht zu neuen Komplikationen führen kann, zumal noch nicht alle Parteien, die in der Regierung vertreten sind, in allen Punkten dem beigepflichtet haben, was Brüning und Dietrich verlangen. Aber wir zweifeln nicht daran, daß es der Regierung gelingen wird, die ordnungsmäßige parlamentarische Erledigung ihres Programms sicherzustellen, wenn sie es versteht, in den Beratungen des Ausschusses und nachher auch im Plenum des Reichstages das Motiv ihrer Handlungsweise denkbar scharf zu interpretieren. Dazu tritt noch eine andere Ueberlegung: Das Parlament hat nicht nur in finanzpolitischer Hinsicht zwischen zwei Uebeln zu wählen, es steht mehr auf dem Spiel als eben nur die Behebung der Finanznöte des Reiches. Das herrschende politische System in Deutschland hat gleichzeitig seine schwerste Feuerprobe zu bestehen. Und da kann es doch keinen Augenblick einem Zweifel unterliegen, daß man sich für das kleinere Uebel entscheidet, das gewiß noch schwer genug zu ertragen ist, das aber wenigstens verhütet, daß wir von der Finanzkrise, die auf jeden Fall, und sei es unter Anwendung von gewaltsamen Mitteln, behoben wird, in eine Parlaments- und Staatskrise kommen.

Annahme des Deckungsprogrammes schafft uns Luft und die Aussicht auf eine ruhige Fortentwicklung in den nächsten Wochen, deren Stetigkeit kaum anzuzweifeln ist, wenn die Regierung sofort das große Reformwerk in Angriff nimmt. Sie bewahrt uns vor innerpolitischen Erschütterungen und gibt der Regierung die Möglichkeit, ohne verfassungsrechtliche Er-